



Kipp's ihm
Tüftler Udo Peters erfindet einen Grabstein-Kipp-Tester – und rettet damit Friedhofsgärtnern das Leben **Seite 29**

WEEKEND Agenda

www.ftd.de/agenda



Unternehmerpose: Die Palästinenser **Faisal Barghuti** (l.) und **Feras Salem** (r.) proben auf dem Dach eines Hühnerstalls für die Zukunft. Sie wollen in abgelegenen Dörfern Solarenergie verkaufen – und so reich werden

Die andere Revolution

Während sich ein arabisches Volk nach dem anderen gegen seine Herrscher erhebt, ist es im leidgeprüften Westjordanland ungewohnt friedlich. Hier kämpfen die Palästinenser nicht mehr mit Steinen und Bomben für ihren eigenen Staat – sie gründen Firmen. Das besetzte Land erlebt einen Wirtschaftsboom, der ihm die Unabhängigkeit bringen könnte. Und Israel hilft mit

Christian Salewski, Ramallah

Für Faisal Barghuti besteht die Zukunft aus 20 kleinen Glühbirnen. Wie an einer Girlande hängen sie im Abstand von wenigen Metern unter dem Wellblechdach und funzeln gegen das Sonnenlicht an, das seitlich hereinfällt. Mit einer raschen Handbewegung verscheucht Barghuti ein paar Hühner. Er kann jetzt kein Gepicke rund um seine Beine gebrauchen. Vorsichtig greift er nach einer der Lampen, dreht und betrachtet sie rundherum. Alles scheint in Ordnung. Seine Investition leuchtet noch.

100 Watt hat die Anlage, die Barghuti in seinem Stall installiert hat, probenhalber, gespeist von einem Solarpanel auf dem Dach, gespeichert in einer Autobatterie, gedacht als Keimzelle eines Unternehmens, das schon einen Namen hat, aber noch keine Kunden. Gemeinsam mit seinem Kumpel Feras Salem hat Barghuti Großes vor. Die beiden 31-Jährigen wollen die grüne Energie nach Palästina holen. „Grow Green“ soll der Laden heißen.

„Für uns ist Sonnenenergie die Zukunft“, sagt Barghuti, während er an dem kleinen Solarpanel herumfriemelt. Ein Sturm ist durchgezogen, jetzt beschwert er die Halterung mit Steinen. „Viele der abgelegenen Dörfer und Farmen sind nicht an das Stromnetz angeschlossen. Die beleuchten ihre Ställe mit Gaslampen.“ Wer sechs Flaschen Butan im Jahr verbrauche, für den rechne sich eine kleine Solaranlage schon nach zwei Jahren. „Wir vermitteln die Kredite, wir bauen die Anlagen, alles aus einer Hand.“ In einigen Monaten sollen die Anlagen zu kaufen sein und die beiden wohlhabend machen, inschallah.

Während ihre Altersgenossen in den umliegenden Ländern aufbegehren und im arabischen Raum die Despotendämmerung einsetzt, gründen junge Palästinenser lieber Unternehmen. Das Westjordanland erlebt einen Wirtschaftsboom, mit dem noch vor Kurzem niemand gerechnet hat.

In Dschenin im Norden verblassen die Märtyrerplakate an den Hauswänden, seit ein Grenzübergang nach Nordisrael geöffnet wurde und die kapitalkräftigen israelischen Araber ihr Geld auf die Märkte tragen. In Nablus, lange die Hochburg der Militanten, ist ein siebenstöckiges Einkaufszentrum entstanden. In Ramallah gibt es kaum einen Flecken, auf dem nicht gebaut wird. Gläserne Geschäftstürme wachsen in den Himmel, Autohäuser stellen Luxuskarossen ins Schaufenster, Nachtclubs und schicke Restaurants eröffnen gleich reihenweise.

Um 6,8 Prozent hat die palästinensische Wirtschaftsleistung 2009 zugelegt. Für 2010 rechnet der Internationale Währungsfonds mit acht Prozent, ebenso für das laufende Jahr, danach soll es gar zweistellig weitergehen. 2013 werden zwölf Prozent Wachstum prognostiziert. Die Arbeitslosigkeit sinkt, das Pro-Kopf-Einkommen steigt, der Außenhandel lebt auf – es sind beeindruckende Rahmenbedingungen, die fast zwangsläufig in eine goldene Zukunft münden müssten.

Wenn, ja wenn dieses Land bloß in eine normale Auseinandersetzung verwickelt wäre und nicht in den unendlich verworrenen Nahostkonflikt. Hier ist wirtschaftliche Entwicklung immer auch eine politische Frage. Der Konflikt mit den Israelis bestimmt das tägliche Leben. Und wer aufbegehrt, kämpft gegen die israelische Besatzung, nicht gegen die eigene Regierung. Der Weg zum lang ersehnten eigenen Staat führt über eine andere Art der Revolution, eine wirtschaftliche.

Solarunternehmer Barghuti würde dem palästinensischen Premier Salam Fajad gefallen. Einer, der sich nicht mit der Besatzung durch die Israelis abfindet, der aber nicht kopflos dagegen anrennt, sondern die eingeschränkten Möglichkeiten für sich nutzt – und damit Fakten schafft.

Seit 2007 ist Fajad Regierungschef, genauso lang schraubt der ehemalige Analyst der Weltbank und des IWF schon an dem Gebilde herum, das bald ein

selbstständiges Palästina sein soll. Faktisch hat er zwar nur im Westjordanland das Sagen, seit die Hamas im Gazastreifen die Macht an sich gerissen hat. Aus dem abgeschotteten Küstenstreifen feuern die Islamisten noch immer Raketen auf Israel und ernen dafür Bomben. Aber in seinem Machtbereich hat Fajad erfolgreich die Militanten gebändigt, die notorische Korruption eingedämmt und die Sicherheit in den Städten erhöht. Noch in diesem Jahr will er die Unabhängigkeit ausrufen, zur Not auch einseitig, ohne die Israelis um Erlaubnis zu fragen. Soll dieser Plan aufgehen, braucht Fajad vor allem eines: einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung. Wer sich im Land umsieht, gewinnt trotz aller Probleme den Eindruck, es könne klappen.

Nicht auf die Fliesen treten! Wütend fuchtelt der Arbeiter mit seiner Kelle. Fast hätte Elie Schehadeh das Werk eines ganzen Tages zerstört. Noch sind die penibel gezogenen Fugen nicht getrocknet. Demütig schleicht Schehadeh um die Stelle herum. Schiefe Fliesen wären nicht gut in dem Gebäude, in

Auf dem **Suk**, dem traditionellen Markt, herrscht samstags überall im Westjordanland ein einziges Geschiebe. Auch immer mehr israelische Araber geben dort ihr Geld aus, seit Israel den Zugang erleichtert hat

dem sich schon bald internationale Investoren über den neuen Industriepark von Bethlehem informieren sollen. Noch ist das künftige Verwaltungsgebäude ein Skelett aus Beton, aber schon in diesem Jahr sollen sich rundherum die ersten Unternehmen ansiedeln. Ingenieur Schehadeh trägt die Verantwortung dafür, dass bis dahin die Felsbrocken verschwinden und aus den welligen Hügeln ebenerdige Terrassen werden.

Vom Dach der künftigen Zentrale lässt sich erahnen, wie ehrgeizig der Zeitplan ist. Eine Planiermaße, ein Kippplaster, ein Truck ziehen ihre Kreise, und wenn sich ihre Wege kreuzen, steht die Arbeit still. Kaffeepause. Es bedarf einiger Fantasie, sich vorzustellen, wie hier in wenigen Monaten Fabriken und Bürogebäude in die Steinwüste wachsen sollen.

„Große Namen“ aus Frankreich hätten sich schon angekündigt, sagt Schehadeh. Genaueres darf er nicht verraten, aber seine verschmitzte Freude lässt ahnen, dass es um sehr große Namen geht. 10 Mio. Euro investiert die französische Regierung hier. Die Palästinenser wollen auf Steuern und Zölle verzichten. Eine Freihandelsinsel mitten im Nahen Osten.

Im rostigen Baucontainer rollt Schehadeh die Baupläne aus, auf die sich in Bethlehem die Hoffnungen richten. Mit dem Ärmel wischt er die Asche weg, die von der immer brennenden Zigarette bröckelt. Arabischer Kaffee aus dem Einwegbecher, dazu Erklärungen in Stakkato: 800 Jobs, 20 Hektar, drei Entwicklungsstufen. Und ein großes Problem. Das Problem heißt „Zone C“.

Seit dem Oslo-Abkommen von 1993 gibt es wohl nirgendwo eine kompliziertere politische Topografie als in dem schmalen Streifen Land, den Israel seit dem Sechstagekrieg 1967 besetzt hält. Das Westjordanland gleicht einem Flickenteppich der Zuständigkeiten. Auf der Karte der Vereinten Nationen erscheint das Gebiet des Industrieparks als ein



Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

beiger Fleck, umgeben von weißen Flächen. Beige bedeutet Zone A. Hier darf die Palästinensische Autonomiebehörde allein bestimmen. Weiß bedeutet Zone C. Auf den Karten der Uno sind rund 60 Prozent des Westjordanlands weiß. Dort haben die Israelis das Sagen – und kontrollieren so indirekt die Inseln der A-Zonen.

Wenn die Israelis den Verkehr nicht durchlassen, wird kein Lkw zu den künftigen französischen Fabriken kommen. Schehadeh weiß, dass er bei seinem Projekt auf die Israelis angewiesen ist. Die Verhandlungen um einen möglichst reibungslosen Warentransport laufen. Bisher sieht es gut aus, auch weil die Franzosen Druck machen. „Wir sind auch erstaubt, aber die Israelis wollen hier wirklich helfen“, sagt einer, der mitverhandelt.

Ein runder Betonturm, vielleicht acht Meter hoch, oben nach außen gewölbt wie eine Tulpe. Der berühmte Checkpoint Atara, nördlich von Ramallah. Faisal Barghuti jagt seinen verrosteten Pick-up brutal über die Tempeschwellen, vorbei an dem verlassenem Wachhäuschen. Er und Salem sind spät dran, in der Stadt war Stau, und auf der Farm warten ein paar Bauern aus der Umgebung. Sie wollen sich diese neue Anlage ansehen, die aus der Sonne Strom macht. Fluchend tritt Barghuti das Gaspedal durch. Schlingend verschwindet sein Truck in einer Wolke aus Staub.

Es ist nicht lange her, da hätten die beiden hier stundenlang warten müssen. Der Checkpoint Atara gehörte zu den schärfsten im Westjordanland. Wer aus Ramallah in den Norden wollte, nach Nablus oder Dschenin, hatte keine Ahnung, wie lange es dauern und ob es überhaupt klappen würde. Der freie Personen- und Warenverkehr endete an der Stadtgrenze.

Seit Juni 2009 ist der Checkpoint nun die meiste Zeit unbesetzt. Dass die Soldaten den Verkehr ungehindert fließen lassen, ist Teil eines Maßnahmenpakets der israelischen Regierung. Hunderte Straßensperren habe man entfernt, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, heißt es im israelischen Außenministerium. „Wirtschaftsfrieden“ nennt der israelische Premier Benjamin Netanjahu diese Politik der Besatzererleichterungen. Dahinter steht die alte Idee, wirtschaftliche Entwicklung und öko-

nomische Integration sollen helfen, einen uralten Konflikt einzudämmen.

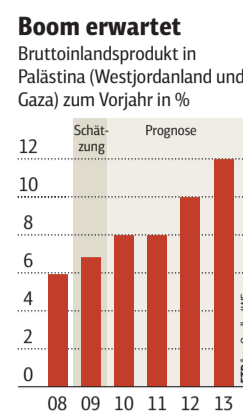
Im Januar zählten Uno-Mitarbeiter zwar noch 514 Straßensperren im Westjordanland, vom Erdwall bis zum 24-Stunden-Checkpoint, aber auch die kritischen Beobachter gestehen zu, dass „die Maßnahmen zum Wachstum der ökonomischen Aktivitäten und zu einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit beigetragen haben“.

Für die rechtsgerichtete Regierung Netanjahu dürfte auch noch eine andere Überlegung ausschlaggebend sein: Wer mehr zu verlieren hat, ist eher bereit, sich mit dem Status quo zu arrangieren. Eine dritte Intifada, ein gewaltsamer Volksaufstand der Palästinenser, wird mit steigendem Wohlstand immer unwahrscheinlicher. Obwohl die Friedensverhandlungen einmal mehr stagnieren und Israel trotz internationaler Proteste die jüdischen Siedlungen weiter ausbaut.

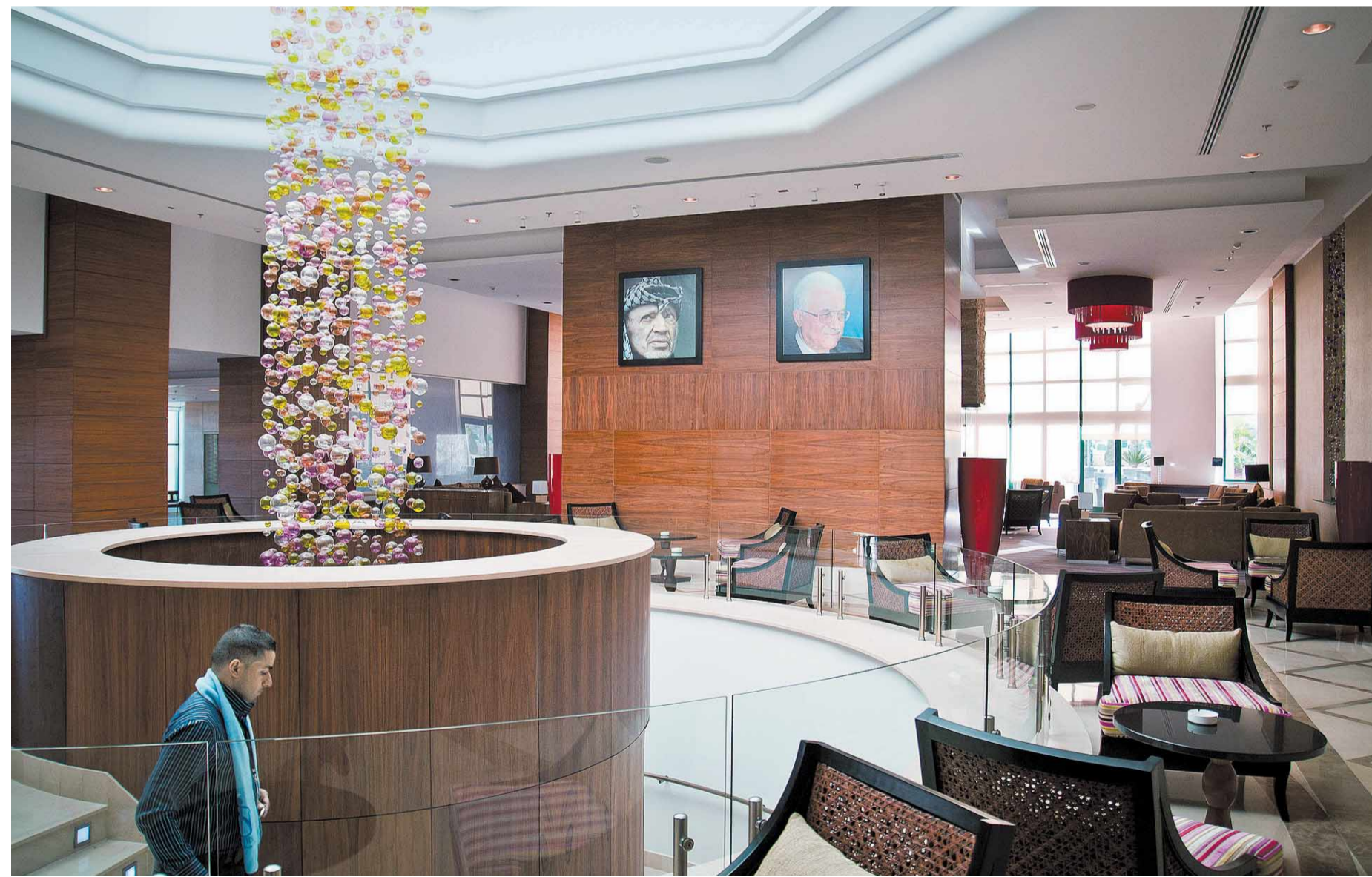
Viele der gut ausgebildeten Palästinenser in Ramallah vermuten hinter der Politik des „Wirtschaftsfriedens“ bloß eine neue Besatzungsstrategie, trotzdem entscheiden sie sich immer öfter für den satten Gehaltsscheck und gegen die Straßenschlacht mit israelischen Soldaten.

Katrina Chalil hat heute die Gäste, die sie sich wünscht. Ohrenbetäubender Arab-Pop dringt aus dem riesigen „Yabus Ballroom“ im Untergeschoss des Mövenpick-Hotels in Ramallah. Hunderte Mitarbeiter der Arab Bank feiern das vergangene Geschäftsjahr. Chalil, Sprecherin des Hotels, deutet mit einem gewissen Stolz durch die Saaltür. Lange gab es für die palästinensische Tochter der Arab Bank an ihrem Stammsitz in Ramallah keinen passenden Veranstaltungsort. Seit November betreibt die Schweizer Hotelkette nun eine Filiale im feinen Stadtteil Masjun. Es dauerte nicht lange, bis die Banker auf der Matte standen.

Nach wilden Tänzen brauchen einige von ihnen eine Pause im Freien. Mitgenommenen lassen sie sich in die Loungeessel auf der Terrasse fallen. Kaum sitzen sie, kommt die Bedienung und serviert Bier und Cocktails. Im Hintergrund plätschert leise der Swimmingpool unter Palmen. Ein Fünf-Sterne-Haus von internationalem Rang – und das in einer Stadt, die vor wenigen Jahren als uneinnehmbare Terrorhochburg galt. Oder als Hort des Widerstands gegen die israelische Besatzung. Je nach Weltsticht.



Zeichen des Wandels: Aus seinem Baucontainer zeigt Ingenieur **Elie Shehadeh** (o.) auf die **Baustelle** des neuen Industrieparks bei Bethlehem. In **Kalkilia** kommt der Aufschwung nicht an, die Stadt ist durch die israelische Grenzanlage fast komplett vom übrigen Land abgeschnitten. Im ersten **Fünf-Sterne-Hotel** Ramallahs wacht der tote Palästinenserführer Jassir Arafat von einem Bild aus über die gut betuchten Gäste.



ANNES ANTWORT MANÖVER IM SANDKASTEN



Als Beraterin und Coach kennt sich Anne Weitzdörfer mit Problemen im Büro bestens aus. Jede Woche beantwortet sie hier Ihre Fragen

Das Problem Ich bin gerade Abteilungsleiterin in einem Konzern geworden und verstärkt konfrontiert mit politischen Spielchen. Ich habe es jetzt zwei Mal erlebt, dass ich zu Meetings einlade und plötzlich erscheinen Menschen, die nicht eingeladen sind. Ich ärgere mich darüber und merke, dass ich politisch noch ungeübt bin. Was kann ich tun, damit mir derartige Situationen künftig nicht mehr passieren?
SILVANA, 36 JAHRE, LEITERIN VERTRIEBS-UNTERSTÜTZUNG

Annes Antwort Wenn Sie zu einem Meeting einladen, dann ist das Ihr Meeting. Sie machen die Agenda, Sie moderieren, Sie fassen die Ergebnisse und nächsten Schritte zusammen. Störfreier wie die geschilderte Situation führen dazu, dass Ihre Position untergraben wird. Das gilt es

zu verhindern, insbesondere, wenn Sie im politischen Sandkasten Gefahr laufen, dass Ihnen jemand (vor allen anderen!) Ihr Förmchen wegnimmt. Da sind Sie nämlich ganz schön schnell draußen.
Die einfachste Möglichkeit, die Situation aufzuklären und Ihre Position zu wahren, ist die freundliche, aber direkte Ansprache im Meeting: „Herr Meier, wie kommt es, dass Sie heute mit dabei sind? Sie waren gar nicht im Verteiler?“ Vielleicht gibt es eine banale Erklärung: Im Fachbereich von Herrn Meier gibt es jemanden, der sich nicht informiert fühlt. Und statt sich an Sie zu wenden, schickt er einen Mitarbeiter. Oder es gibt einen neuen Vorstandsauftrag, den Sie noch nicht kennen und damit vielleicht ein berechtigtes Interesse, an dem Thema mitzuarbeiten.

Wenn Herr Meier allerdings anfängt zu stottern und keine plausible Erklärung für seine Anwesenheit hat, gibt es vielleicht tatsächlich einen politischen Hintergrund. Oft haben Themen eine Historie. Mal hat sich jemand die Finger verbrannt und danach blieb das Thema liegen. Mal hat der Vorstand das Thema zurückgestellt und wieder ging Zeit ins Land. Wenden Sie sich an eine Person Ihres Vertrauens, die politisch versiert ist, und denken Sie die Situation gemeinsam durch. Welche Interessen sind im Spiel? Worum geht es wirklich? Überlegen Sie gemeinsam, wie Sie vorgehen sollten, und wägen Sie Vor- und Nachteile ab. Das hilft in jedem Fall – und wenn es nur das Gefühl ist, die moralische Unterstützung eines erfahrenen Sandkastenmanns zu haben.

Generell gilt: wenn alles klar ist, passieren solche Aktionen nicht. Also halten Sie Augen und Ohren offen, hinterfragen Sie, spielen Sie Deaktiv. Und nehmen Sie politische Angriffe auf keinen Fall persönlich. Sie bekleiden jetzt eine Funktion, in der es nicht mehr nur um gute fachliche Arbeit geht. Vielmehr müssen Sie sich als Abteilungsleiterin im Sandkasten behaupten. Dazu gehört auch, dass Sie mal jemandem eine haufen, der Ihnen ein Förmchen wegnimmt will. Lassen Sie ihn wissen, dass man das mit Ihnen nicht machen kann.
Kontakt Auch Sie haben ein Problem im Job oder mit Kollegen? Schreiben Sie an frageanne@guj.de. Zuschriften werden vertraulich behandelt. Alle Antworten von Anne unter www.ftd.de/anne.

IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.
Sprecher des Chefredakteurskollegiums: Steffen Klusmann
Chefredakteur: Stefanie Baumgraber (Börse Online), Dr. Nikolaus Förster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)
Stellvertretende Chefredakteure: Christian Baulig (Capital), Sven Clausen (FTD), Gereon Kruse (Börse Online), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)
Artedirektor: Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Sv)
Geschäftsführende Redakteur: Isabelle Arnold
Chef vom Dienst: Cosima Jäckel, Sven Sorgenfrey (Sv)
Bildchef: Peter Raffelt, Jose Blanco (Sv)
Umsatz: Guido Wallmört (Ltg.), Jon Paterek (Sv)
Politik: Andreas Theysen (Ltg.)
Finanzen: Tim Bartz, Ina Lockhart (Ltg.), Christian Kirchner (Sv)
Geld: Jochen Morsch (Ltg.), Helmut Kipp (Sv)
Agenda: Heide von Buttlar (Ltg.), Claus Gorgs (Ltg.)
Online: Dr. Anton Notz (Ltg.)
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Steffen Klusmann.
Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.
„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ and „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher or responsible for the content of this publication.
G+J Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG
Am Baumwall 11, 20459 Hamburg
Brieffach 02, 20444 Hamburg
Tel.: 040/37 05-0
Geschäftsführer: Dr. Bernd Buchholz, Ingrid M. Haas
Verlagsleitung: Jan Honsel, Dr. Albrecht von Arnswald
Gesamtanzeigeneleiter: Helma Spieker
Anzeigeneleiter: Jens Kauerauf
Vertrieb: DFP Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Christopher Hopfner, Düsternstr. 1-3, 20555 Hamburg
ISSN 1615-4118
Nachdruckrechte/Syndication: Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens; Anfragen: Isabella Karnauf; Tel.: 040/37 05-2590; E-Mail: karnauf@picturepress.de
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10565 Berlin